

Relikt der Unmenschlichkeit

Die sowjetische Spionageabwehr und ihr Untersuchungsgefängnis in der Potsdamer Leistikowstraße 1

Peter Erler

Ausführlich ist in diversen Publikationen die Rolle der sowjetischen militärischen Spionageabwehr „Smersch“ und ihrer Führungskader während des Zweiten Weltkrieges dargestellt. Lediglich in Fachkreisen ist dagegen bekannt, daß diese Geheimdienstlinie in Ostdeutschland ab 1946 als strukturell selbständige Einheit weiterexistierte und im sowjetischen bzw. russischen Militärstädtchen Nr. 7 in Potsdam ein zentrales Untersuchungsgefängnis unterhielt. In dem entsprechenden Gebäude in der Leistikowstraße 1 soll eine vorwiegend aus Mitteln des Bundes und des Landes Brandenburg sowie der evangelischen Kirche geförderte Gedenkstätte eingerichtet werden. Folgender Beitrag beabsichtigt in diesem Kontext, die Geschichte der sowjetischen militärischen Spionageabwehr in der SBZ/DDR und des historischen Ortes kurz aufzuzeigen.

Die Verwaltung Spionageabwehr beim Volkskommissariat für Verteidigung 1943–46

Die militärische Spionageabwehr „Smersch“ nahm während des „Großen Vaterländischen Krieges“ im System der sowjetischen Sicherheitsstrukturen eine Sonderstellung ein. Diese resultierte aus den spezifischen, teilweise neuen Aufgaben und der wachsenden Bedeutung der Militärschekisten¹ beim staatlichen Schutz der UdSSR.²

Als Gründungsdatum der „Smersch“-Organe ist der Beschluß des Rates der Volkskommissare der UdSSR vom 19. April 1943 anzusehen. Er beinhaltete die Umbildung der bestehenden Sonderabteilungen bei der Roten Armee und der Marine zu Abwehrabteilungen sowie ihre Herauslösung aus der Unterstellung des Volkskommissariats für Innere Angelegenheiten (NKWD) und Eingliederung in die Struktur des Volkskommissariats für Verteidigung (NKO) bzw. derjenigen der Seekriegsflotte. In beiden Volkskommissariaten wurden daraufhin entsprechende Verwaltungen geschaffen.³

Die Bezeichnung „Smert schpionam – Tod den Spionen!“, abgekürzt „Smersch“, geht nach Angaben eines ehemaligen Geheimdienstmitarbeiters unmittelbar auf Stalin zu-

1 Intern wurden die Abwehrleute in Anlehnung an die ursprüngliche Strukturbezeichnung *Osoby Otdel* – Sonderabteilung (OO) als „Osobisten“ bezeichnet. In offiziellen Darstellungen und in der Traditionsarbeit des militärischen Abwehrdienstes war später verklärend bzw. idealisierend von Armee- oder Militärschekisten die Rede. Der Autor schließt sich dieser Interpretation nicht an. Er benutzt das Wort „Militärschekisten“ als Synonym.

2 Die Sonderstellung von „Smersch“ war auch im Mißtrauen Stalins gegenüber den Soldaten, Offizieren und Generälen der Roten Armee begründet. Bailey, George/Kondraschow, Sergej A./Murphy, David E.: *Die unsichtbare Front. Der Krieg der Geheimdienste im geteilten Berlin*. Berlin 1997, S. 55. Gregory Klimow, ehemaliger Mitarbeiter der SMAD, umschrieb die Sonderstellung der militärischen Spionageabwehr mit folgenden Worten: „Wenn nach der stalinistischen Terminologie MWD das gezogene Schwert des Proletariats ist, so ist „SMERSCH“ die scharfe Schneide des Schwertes“ (Klimow, Gregory: *Berliner Kreml. Köln/Berlin o. J. (1951)*, S. 197).

3 Hauptverwaltung Spionageabwehr „Smersch“ des Volkskommissariats für Verteidigung der UdSSR und Verwaltung Spionageabwehr „Smersch“ des Volkskommissariats der Seekriegsflotte der UdSSR. Kokurin, A.I./Petrow, N.W.: *Lubjanka. WTschK – OGPU – NKWD – NKGB – MGB – MWD – KGB. 1917–1960. Nachschlagewerk*. Moskau 1997, S. 34 (russisch).

rück, der sie auf einer Beratung mit den führenden Militärschekisten der Fronten prägte.⁴ Die Leitung der Hauptverwaltung Spionageabwehr „Smersch“ des NKO wurde dem Geheimdienstgeneral Wiktor S. Abakumow übertragen. Er hatte von Juli 1941 bis April 1943 bereits die Verwaltung der NKWD-Sonderabteilungen geführt und verfügte dadurch über einschlägige Erfahrungen auf dem Gebiet der Abwehrarbeit.⁵

Der erwähnte Beschluß des Rates der Volkskommissare legte auch die beiden großen Aufgabenkomplexe der „Smersch“-Organe fest. An erster Stelle stand die konsequente Unterbindung jeglicher Aktivitäten der deutschen und anderer Geheimdienste gegen die Frontverbände der Roten Armee. Daneben sollten sie alle Formen von Zersetzungserscheinungen in den eigenen Streitkräften wie zum Beispiel Eidbruch, Landesverrat, Fahnenflucht und Befehlsverweigerung sowie die Verbreitung antisowjetischer und defätistischer Auffassungen bekämpfen.⁶

Mit dem Vormarsch der sowjetischen Truppen in Richtung Westen kamen ab 1944 weitere Tätigkeitsfelder hinzu. Dazu gehörte die Liquidierung antisowjetischer Partisanenverbände in der Ukraine, im Baltikum und in Polen. Ferner wurden die Operativen Gruppen (Opergruppen) der militärischen Spionageabwehr in den okkupierten Staaten in Ost- und Mitteleuropa gegen bürgerliche und national gesinnte Kräfte eingesetzt, die sich bei der Errichtung neuer Machtstrukturen als ernsthafte Gegner der dortigen kommunistischen Parteien erweisen konnten.⁷

Die Abkürzung „Smersch“ (Tod den Spionen) entwickelte sich bald zu einem weiteren Sinnbild für den sowjetischen Geheimdienstterror. Bewußt ausgewählt, war sie von außerordentlicher Signalwirkung. Sie signalisierte die Kompromiß- und Erbarmungslosigkeit der Militärschekisten bei ihrem Vorgehen gegen wirkliche und vermeintliche Gegner. Die gleiche rücksichtslose Radikalität bezog sich auch auf die Aufrechterhaltung der Disziplin in der Roten Armee.

Aufgrund der von ihnen praktizierten grausamen, die körperliche Unversehrtheit und das Leben mißachtenden Verhörmethoden galten die Opergruppen der Spionageabwehr als die gefürchtetsten Einheiten der sowjetischen Sicherheitsdienste.⁸ Verstärkt wurde dieser abschreckende Leumund durch die Beteiligung von „Smersch“ an der Organisation des Sicherungsdienstes im Bereich der rückwärtigen Dienste. Diese Struktur hatte die Aufgabe, die Fahnenflucht aus dem unmittelbaren Frontgebiet zu verhindern. Dabei jagten speziell gebildete Sperreinheiten Tausende zurückweichende

4 Ostrjakow, Sergej Sacharowitsch: Militärschekisten. Berlin (Ost) 1985, S. 160. – Stalin bezog sich bei der Namensgebung offensichtlich auf einen von Lenin und Feliks E. Dzierzynski unterzeichneten Aufruf vom 31. Mai 1919, der mit der Überschrift „Tod den Spionen!“ eingeleitet wurde. Vgl. Aus der Geschichte der Allrussischen Außerordentlichen Kommission (1917–1921). Eine Sammlung von Dokumenten. Teil II, Potsdam 1974, S. 73.

5 Kokurin/Petrow: Lubjanka, S. 143.

6 Ostrjakow: Militärschekisten, S. 161 ff.

7 Zum Vorgehen der Militärschekisten in der besetzten Tschechei im Frühjahr 1945 vgl. Sinewirskij, N.: Smersch (Tod den Spionen). Ein Jahr im Lager des Feindes. Frankfurt am Main o. J., S. 134 ff.

8 Vgl. ausführlich ebd. Der ehemalige MfS-General Markus Wolf behauptet hinsichtlich der „Smersch“-Organe dagegen immer noch, daß „die Anwendung physischer Gewalt [...] bei Vernehmungen auf das strengste verboten gewesen“ sei (Wolf, Markus: Freunde sterben nicht. Berlin 2002, S. 119).

Rotarmisten mit vorgehaltenen Waffen in das feindliche Feuer zurück oder erschossen sie bei Verweigerung als Deserteure.⁹

Die Unterstellung und die Kompetenzen der militärischen Spionageabwehr in der SBZ wurden 1945/46 maßgeblich von einem Intrigenspiel zwischen dem NKWD-Bevollmächtigten in Deutschland, Iwan Serow, und dem ehrgeizigen „Smersch“-Chef Wiktor Abakumow beeinflusst. Letzterer war nicht gewillt, seine Machtpositionen in Deutschland aufzugeben, und weigerte sich, die Führung und Aufsicht der dort erfolgreich agierenden „Smersch“-Opergruppen und deren Untersuchungsgefängnisse an den NKWD-Bevollmächtigten abzutreten.

Ein Schreiben des Volkskommissars für Inneres, Lawrenti P. Berija, an Stalin vom 22. Juni 1945, in welchem detaillierte Vorschläge zum zukünftigen Wirken der Dienste in der SBZ unterbreitet wurden, brachte in der strittigen Frage nicht die erwartete Unterstützung des Generalissimus.¹⁰ In dem von ihm abgesegneten NKWD-Beschluß vom 4. Juli 1945 wurde dann endgültig festgelegt, daß die Verwaltung für Spionageabwehr (UKR) des NKO „Smersch“ bei der Gruppe der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland (GSBD) neben der Ausführung der ihr übertragenen Aufgaben die Tätigkeit des NKWD-Bevollmächtigten Serow auf Anweisung von Abakumow lediglich unterstützen sollte.¹¹ 1945/46 erfaßte die repressive Tätigkeit der Militärschekisten in der SBZ schwerpunktmäßig Personengruppen, die in unmittelbarer Beziehung zum zerschlagenen deutschen NS-Staat und den beendeten Kriegseignissen standen.¹² So suchten die „Smersch“-Opergruppen zielgerichtet nach hohen Staatsbeamten, Funktionären der Nazipartei, Mitarbeitern und Agenten deutscher Geheimdienste sowie nach Personen, die als Verwaltungsspezialisten, zum Beispiel als Sonderwirtschaftsführer, in den okkupierten Gebieten der Sowjetunion zum Einsatz gekommen waren. Betroffene Jugendliche wurden zumeist beschuldigt, als Mitglieder der praktisch nicht existierenden Untergrundorganisation „Werwolf“ Widerstand gegen das Besatzungsregime zu leisten.¹³ Systematisch forschten die Militärschekisten nach ehemaligen Angehörigen der „Russischen Befreiungsarmee“ (Wlassow-Armee), anderen Überläufern mit ursprünglich sowjetischer Staatsbürgerschaft und sogenannten weißgardistischen Emigranten, die an der Seite der Deutschen gegen die stalinistische UdSSR gekämpft hatten. Als Mitglieder der Überprüfungs- und Filtrationskommissionen in den NKWD-Repatriierungslagern beschuldigten sie Zehntausende ehemalige kriegsgefangene Rotarmisten, KZ-Häftlinge und Zwangsarbeiter, Vaterlandsverrat begangen oder den Feind unterstützt zu haben.¹⁴

9 Ostrjakow: Militärschekisten, S. 195. Zu dieser Problematik vgl. auch Jahn, Peter: Strafsoldaten für die Front. Eine russische Fernsehserie über den Zweiten Weltkrieg handelt vom stalinistischen Terror bei der Roten Armee. In: Die Zeit vom 7.10.2004.

10 Schreiben von Berija an Stalin mit Vorschlägen zur Reorganisierung des Apparates der NKWD-Frontbevollmächtigten vom 22. Juni 1945. In: Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945 bis 1950. Hrsg. Sergej Mironenko, Lutz Niethammer, Alexander von Plato in Verbindung mit Volkhard Knigge und Günter Morsch. Bd. 2: Sowjetische Dokumente zur Lagerpolitik. Eingeleitet und bearbeitet von Ralf Possekel. Berlin 1998, S. 199 f.

11 Befehl des Volkskommissars für Inneres Nr. 00780 vom 4. Juli 1945. In: Ebd., S. 202.

12 Ostrjakow: Militärschekisten, S. 219.

13 Vgl. zum Beispiel Prieß, Benno: Erschossen im Morgengrauen. Verhaftet. Gefoltert. Verurteilt. Erschossen. „Werwolf“-Schicksale mitteldeutscher Jugendlicher. 2. erw. Auflage, Calw 2002.

14 Angeblich wurden „weit über fünf Millionen Sowjetbürger“ überprüft und „aus Feindesgebiet in die Heimat zurückgeführt“ (Andrew, Christopher/Gordiewsky, Oleg: KGB. Die Geschichte seiner Auslandsoperationen von Lenin bis Gorbatschow. 2. Auflage, München 1990, S. 439.

Als eine ständige Aufgabe betrachteten die „Smersch“-Organe die Verfolgung sogenannter antisowjetischer Elemente innerhalb der GSBD und der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD). Dabei stützten sie sich auf ein Netz von Informanten, die sie sowohl in den sowjetischen Streitkräften und Einrichtungen als auch unter der deutschen Bevölkerung in der Umgebung rekrutierten.¹⁵

Die militärische Spionageabwehr des sowjetischen Geheimdienstes (1946–1991)

Im Frühjahr 1946 erfolgte eine tiefgreifende Umstrukturierung der sowjetischen Geheimdienste. Auf Beschluß des Politbüros der Kommunistischen Partei der Sowjetunion vom 4. Mai 1946 wurde unter anderem die Hauptverwaltung Spionageabwehr vom Verteidigungsministerium abgetrennt und unter Verzicht auf die bisherige Abkürzung „Smersch“ als 3. Hauptverwaltung (sogenannte Linie III) in die Struktur des Ministeriums für Staatssicherheit (MGB) eingeordnet.

Dagegen entschied man sich in Moskau für eine weitere Selbständigkeit der militärischen Spionageabwehr in der SBZ und gegen ihre Zuordnung zum Verantwortungsbereich des neu ernannten MGB-Bevollmächtigten Generalleutnant Nikolaj Kowalschuk. Der Leiter der Verwaltung für Spionageabwehr des MGB bei der GSBD blieb der 3. Hauptverwaltung in Moskau direkt unterstellt. Somit agierten in der SBZ und späteren DDR ab Ende 1946 zwei verschiedene MGB-Apparate relativ unabhängig voneinander. Ab 1946 gerieten hauptsächlich Personen in das Visier der Militärtschekisten, die verdächtigt wurden, im Auftrage westlicher Nachrichtendienste aktive Spionage gegen Einheiten und Objekte der GSBD¹⁶ zu betreiben.¹⁷ Dazu zählten auch Angehörige militanter antikommunistischer Organisationen wie zum Beispiel die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU) oder einfach unbescholtene Menschen, die im Umfeld von Sperrgebieten mit Fotoapparaten und Ferngläsern hantierten oder sich anderweitig auffällig benahmen. Die besondere Aufmerksamkeit der UKR galt dem sogenannten Volksarbeitsbund (NTS) – einer russischen Emigrantenorganisation. Aufbauend auf sprachliche und kulturelle Gemeinsamkeiten versuchten deren Mitglieder, die sowjetischen Einheiten zu infiltrieren und die Militärangehörigen zur Desertion und zum Widerstand gegen das Sowjetregime zu bewegen.¹⁸ Das Aufgabenspektrum der Abwehrabteilungen umfaßte gleichfalls die Überwachung der deutschen Zivilbeschäftigten in den Einrichtungen der Sowjetarmee und deren deutschen Versorgungs- und Dienstleistungseinrichtungen.¹⁹

Nach der Gründung der DDR im Oktober 1949 kam es zu einer Kompetenzerweiterung der sowjetischen Militärtschekisten. Zusätzlich übernahmen sie den Spionageschutz für das ostdeutsche Ministerium für Staatssicherheit und die im Aufbau befindlichen Verbände der Kasernierten Volkspolizei und unterstützten dort die Einrichtung

15 Bailey/Kondraschow/Murphy: Front, S. 58.

16 Ab 1949 Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland (GSSD).

17 Ostrjakow: Militärtschekisten, S. 219 ff. – Zu den Aktivitäten der Berliner Operationsbasis der CIA vgl. Bailey/Kondraschow/Murphy: Front.

18 Vgl. zum Beispiel: Schlomann, Friedrich-Wilhelm: NTS – die russische Exil- und Widerstandsorganisation. Vortrag im Museum Haus am Checkpoint Charlie Berlin, 14. November 2000. In: ZdF 14/2003, S. 50–61.

19 Später wurden die deutschen Zivilbeschäftigten weitestgehend durch sowjetische Staatsbürger ersetzt.

eigener Abwehrstrukturen durch Berater.²⁰ Gelegentlich führte die Spionageabwehr in den 50er und 60er Jahren auch aktive Auslandsoperationen in der Bundesrepublik und West-Berlin durch.²¹ Gleichfalls soll der wiederholte Austausch von Agenten auf der Glienicker Brücke von der Potsdamer Zentrale aus vorbereitet worden sein.²² Eine besondere Herausforderung stellten für sie die Aktivitäten der drei alliierten Militärmissionen bei der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte Deutschland (GSSD) dar, deren Standorte in unmittelbarer Nähe größerer sowjetischer Truppenkonzentrationen in Potsdam lagen.²³

Von den Umstrukturierungen des sowjetischen Geheimdienstes 1953/54 wurde die UKR in der DDR nur durch die wechselnden Unterstellungsverhältnisse der übergeordneten Diensteinheit tangiert. Seit Februar 1954 gehörte dann die Linie III zu dem neu gegründeten Komitee für Staatssicherheit (KGB) beim Ministerrat der UdSSR. Gleichzeitig erhielten die Organe der militärischen Abwehr wieder die bis 1943 übliche Bezeichnung: Sonderabteilungen.²⁴ Dementsprechend firmierte die Leitungsstruktur der Militärschekisten in der DDR nun als Verwaltung der Sonderabteilungen (UOO)²⁵ des Komitees für Staatssicherheit der UdSSR bei der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland²⁶. Zu ihrem Personalbestand sollen in den 70er Jahren 600 Offiziere gehört haben.²⁷ Nach Angaben aus der zweiten Hälfte der 80er Jahre war die UOO in sechs Bereiche untergliedert. Dazu gehörten die Sonderverwaltung zur Abschirmung des militärischen Aufklärungsdienstes (GRU), die offensive Spionageabwehr in der Bundesrepublik, die Sicherung der Militärverbände, die Überwachung sowjetischer Einrichtungen und Bürger, Aufklärungsoperationen gegen westliche Geheimdienste sowie Auswertung und Information.²⁸ Nach der Auflösung des KGB 1991 übernahmen dessen russische Nachfolgeorganisationen die Spionageabwehr bei den Streitkräften auf dem Territorium der ehemaligen DDR. Mit dem Truppenabzug verließ schließlich im August 1994 die Verwaltung der Sonderabteilungen des russischen Föderalen Sicherheitsdienstes (FSB) als eine der letzten Einheiten den langjährigen Stationierungsstandort Deutschland.

20 Fricke, Karl Wilhelm/Marquardt, Bernhard: DDR Staatssicherheit. Das Phänomen des Verrats. Die Zusammenarbeit zwischen MfS und KGB. Bochum 1995, S. 59; Bailey/Kondraschow/Murphy: Front, S. 230.

21 Vgl. zum Beispiel: Dalin, J. David: Die Sowjetspionage. Prinzipien und Praktiken. Köln 1956, S. 395 ff. – Gelegentlich wurden der Spionageabwehr derartige Operationen auch untersagt; vgl. Bailey/Kondraschow/Murphy: Front, S. 331.

22 Mara, Michael: Ein Nobelviertel neben Sanssouci. Im Potsdamer Städtchen Nummer 7 soll der KGB einst Westspionen den letzten Schliff gegeben haben. Nach dem Abzug der Russen sind die Villen in Lennéscher Parklandschaft hoch begehrt. In: Der Tagesspiegel vom 3.1.1995; Kupler, Robert: U-Boot-Türen und abhörsichere Räume. Wo Westspione vor dem Austausch frühstückten. In: Berliner Morgenpost vom 26.2.1995.

23 Heinrich, Gerd: Kulturatlas Brandenburg. Potsdam 2004, S. 50.

24 Ostrjakow: Militärschekisten, S. 239.

25 Decker, Andreas u.a.: Von Potsdam nach Workuta. Das NKGB/MGB/KGB-Gefängnis Potsdam-Neuer Garten im Spiegel der Erinnerung deutscher und russischer Häftlinge. Potsdam 1999, S. 38.

26 Seit 1988 Westgruppe der Sowjetischen Streitkräfte.

27 So die Informationen des Überläufers A. Myagkov; vgl. Fein, Elke/Leonhard, Nina/Niederhut, Jens: Militärstädtchen Nr. 7. Zur Geschichte des sowjetischen Untersuchungsgefängnisses Potsdam-Neuer Garten. In: Deutschlandarchiv 4/2000, S. 585.

28 Fricke/Marquardt: DDR Staatssicherheit, S. 112. – Ein Bestandteil der „Aufklärungsoperationen gegen westliche Geheimdienste“ war zum Beispiel die Funk- und Fernmeldeaufklärung über die Abhörstation auf dem Brocken.

Der sowjetische Abwehrstandort Potsdam

Bei ihrem Vormarsch auf die Reichshauptstadt Berlin wurde die Stadt Potsdam Ende April 1945 von Truppenteilen der 1. Weißrussischen und der 1. Ukrainischen Front erobert. Durch einen entsprechenden Befehl des Stadtkommandanten begann dort bereits am 29. April 1945 die Besatzungszeit.²⁹ In den folgenden Monaten entwickelte sich Potsdam zu einer der wichtigsten sowjetischen Garnisonsstädte in Ostdeutschland. Neben großen Kampfverbänden waren bis zu dessen Umzug nach Wünsdorf bei Zossen im Jahre 1946 das Oberkommando der GSBD³⁰ und die Leitzentralen der beiden Geheimdienste NKWD und UKR/„Smersch“ für die SBZ in der Stadt stationiert.

Der für den Posten des NKWD-Bevollmächtigten in Deutschland vorgesehene Generalmajor Iwan Serow³¹ legte fest, daß die „Smersch“-Verwaltung der 1. Weißrussischen Front, aus der die Abwehrverwaltung bei den Besatzungstruppen in der SBZ hervorging, ihren Sitz in der Villa des Verlags Rütten & Loening (Viktoriastraße 54, heute Geschwister-Scholl-Straße) nahm.³² Im Keller des Gebäudes wurde das Untersuchungsgefängnis der Militärschekisten untergebracht. In dem Prachtbau tagte außerdem das Militärtribunal der 16. Luftarmee.³³ Ein weiteres von der UKR genutztes Objekt befand sich in der Sperrgebietszone zwischen Großer Weinmeisterstraße und Albrechtstraße (später Am Neuen Garten) in der Nauener Vorstadt. Dieses ehemalige Villenviertel wurde unmittelbar nach der Potsdamer Konferenz im August 1945 besetzt und in der Folgezeit zum sogenannten Militärstädtchen Nr. 7 mit eigener Infrastruktur und russifizierten Straßennamen umgewandelt. Bei dem erwähnten Objekt handelte es sich um ein Gebäude der evangelischen Kirche in der Leistikowstraße 2/3 (früher Mirbachstraße), dessen Kellergelasse 1945/46 als Todeszellen genutzt wurden.³⁴ Hier mußten von Militärtribunalen zur Höchststrafe verurteilte Personen unter menschenunwürdigen Bedingungen auf die Bestätigung ihres Urteils oder auf die Entscheidung über ihre Begnadigungsgesuche warten. Zu den Todeskandidaten gehörte auch eine größere Gruppe Potsdamer Jugendlicher, die zum Zeitpunkt ihrer Verhaftung zwischen 13 und 19 Jahre alt waren. Bei den Oberschülern unter ihnen reichte allein schon der Widerstand gegen den obligatorischen Russischunterricht, um von den „Smersch“-Vernehmern in der Villa Rütten & Loening als „Terroristen“ und „Mitglieder einer illegalen Organisation“ behandelt zu werden.³⁵ Nur in wenigen Ausnahmefällen wurde den eingereichten Bittgesuchen stattgegeben und das Todesurteil in langjährige Lagerhaft umgewandelt. Die Erschießungen fanden an einem unbekanntem Ort in Potsdam

29 Heinrich: Kulturatlas, S. 50.

30 Am 29. Mai 1945 verfügte das Oberkommando der Roten Armee die Umbenennung der 1. Weißrussischen Front in „Gruppe der Sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland“.

31 Serow war zu diesem Zeitpunkt noch NKWD-Bevollmächtigter bei der 1. Weißrussischen Front. Am 6. Juni 1945 wurde er zum stellvertretenden Chef der SMAD für Zivilangelegenheiten und am 4. Juli zusätzlich zum Bevollmächtigten des NKWD ernannt.

32 Als NKWD-Bevollmächtigter der 1. Weißrussischen Front waren Serow zu diesem Zeitpunkt noch die dortigen „Smersch“-Strukturen unterstellt; vgl. Bailey/Kondraschow/Murphy: Front, S. 57.

33 Fein/Leonhard/Niederhut: Militärstädtchen, S. 584; Gedächtnisprotokoll Heinz Sch. In: Wernicke, Thomas: Staats-Sicherheit – Ein Haus in Potsdam. Potsdam 1991, S. 23 ff.

34 Fein/Leonhard/Niederhut: Militärstädtchen, S. 586.

35 Vgl. zum Beispiel Klix, Henryk: 86 Tage in den Todeszellen des KGB am Pfingstberg. Hermann Schlüter und drei seiner Freunde wurden 1946 wegen ihrer Verweigerung, am Russischunterricht teilzunehmen, zum Tode verurteilt. In: Potsdamer Neueste Nachrichten vom 22.11.1997.

oder der Umgebung statt.³⁶ Das jüngste bisher bekannte Hinrichtungsoffer, Werner Friese, war 13 Jahre alt.³⁷ Ab Herbst 1946 nahm der neuernannte MGB-Bevollmächtigte Generalleutnant Nikolaj Kowaltschuk eine Neuordnung der Potsdamer Geheimdienstlandschaft vor. Als ehemaliger hochrangiger „Smersch“-Offizier kümmerte er sich vermutlich auch um die Logistik der UKR.³⁸ Ende 1946, Anfang 1947 zog der Leiter der militärischen Spionageabwehr Generalleutnant Pawel W. Selenin³⁹ mit seinem Stab aus der Villa Rütten & Loening in das Sperrgebiet in der Nauener Vorstadt um, wo er sich im Gebäude der „Kaiserin-Augusta-Stiftung“ (Am Neuen Garten 30–32) einrichtete. Gleichzeitig entstand in der Leistikowstraße 1 das zentrale Untersuchungsgefängnis der Militärschekisten.

Die Entstehung und Belegung des zentralen Untersuchungsgefängnisses 1947–55

Das Gebäude in der heutigen Leistikowstraße 1 wurde 1916 bis 1918 im Auftrag des Evangelisch-Kirchlichen-Hilfsvereins (EKH) errichtet. Bis 1945 beherbergte es die Büroräume der diakonischen Frauenhilfe (1933 in Reichsfrauenhilfe umbenannt), die Dienstwohnungen ihres leitenden Pfarrers, weiterer Angestellter und des Hausmeisters sowie die Redaktion der evangelischen Zeitung *Der Bote*. Der Räumungsbefehl der Besatzungsmacht überraschte die Bewohner und Nutzer am 13. August 1945 um 9 Uhr früh. Bis 18 Uhr ließ man ihnen Zeit, um das Haus zu verlassen. Über die neuen Nutzer und die konkrete Zweckbestimmung der Leistikowstraße 1 in den Folgemonaten gibt es aufgrund der Quellenlage nur sehr vage Hinweise. Vermutlich befand sich hier ein NKWD/MGB- oder UKR-Objekt, in welchem gelegentlich auch festgenommene Personen kurzzeitig festgehalten bzw. „zwischengelagert“ wurden. Nicht auszuschließen ist, daß einige Räume im Erdgeschoß als Sammelzellen für verurteilte Häftlinge genutzt wurden, die dort auf den Abtransport in die Straflager warten mußten. Spätestens seit Oktober 1946 gehörte die Leistikowstraße 1 wie auch die Leistikowstraße 2/3 zum Dienstbereich der militärischen Spionageabwehr. Zu diesem Zeitpunkt waren be-

36 1945 fanden zum Beispiel Hinrichtungen in der Nähe von Dallgow-Döberitz statt; vgl. Hilger, Andreas/Schmeitzner, Mike/Schmidt, Ute (Hrsg.): Sowjetische Militärtribunale. Band 2: Die Verurteilung deutscher Zivilisten 1945–1955. Köln/Weimar/Berlin 2003 (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 17/2), S. 205.

37 Gedächtnisprotokoll Heinz Sch. In: Wernicke: Staats-Sicherheit, S. 23 ff.; Prieß: Morgengrauen, S. 151 ff.

38 Der Vertraute von Abakumow war von 1943 bis 1946 Chef der „Smersch“-Organe bei der 4. Ukrainischen Front und im Karpaten-Militärbezirk. Zu seiner Tätigkeit in der Tschechei vgl. zum Beispiel Sinewirskij: Smersch.

39 Zu den Leitern der UKR in der SBZ/DDR vgl. Petrov, Nikita: Die Apparate des NKVD/MVD und des MGB in Deutschland (1945–1953). Eine historische Skizze. In: Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945 bis 1950. Hrsg. Sergej Mironenko, Lutz Niethammer, Alexander von Plato in Verbindung mit Volkhard Knigge und Günter Morsch. Bd. 1: Studien und Berichte. Hrsg. und eingeleitet von Alexander von Plato. Berlin 1998, S. 157; Sacharov, Vladimir Vladimirovic/Filippovych, Dimitrij Nikolaevic/Kubina, Michael: Tschekisten in Deutschland. Organisation, Aufgaben und Aspekte der Tätigkeit der sowjetischen Sicherheitsapparate in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (1945–1949). In: Anatomie der Parteizentrale. Die KPD/SED auf dem Weg zur Macht. Hrsg. Manfred Wilke. Berlin 1998 (Studien des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin), S. 335; Ostrjakow: Militärschekisten, S. 239 f.; Bailey/Kondraschow/Murphy: Front, S. 58.

reits alle Fenster vergittert,⁴⁰ und es gab im Erdgeschoß mit Holzpritschen ausgestattete große Hafträume.⁴¹ Zwischen November 1946⁴² und Frühjahr 1947 wurde die Leistikowstraße 1 dann durch massive, die ursprüngliche Architektur entstellende bauliche Eingriffe zu einem sowjetischen Untersuchungsgefängnis umgestaltet. Im Keller, im Erdgeschoß und im Ostflügel der ersten Etage entstanden etwa 36 Haftzellen unterschiedlicher Größe. Dafür ließen die verantwortlichen UKR-Offiziere in den vorhandenen Räumlichkeiten zusätzliche Wände einziehen sowie Durchgänge und Fenster ganz oder bis auf schmale Schlitz zumauern. Die verbliebenen Fensteröffnungen wurden darüber hinaus mit massiven Eisengittern und zum Teil mit Sichtblenden versehen. Die ursprünglichen Zimmer- und Kellertüren ersetzte man durch eisengerahmte



Das ehemalige KGB-Gefängnis in der Leistikowstraße 1 (1999) Quelle: Foto privat, Peter Erler

Gefängnistüren. Um die ständige Kontrolle der Häftlinge zu gewährleisten, mußte in der zum Korridor gelegenen Wand einiger Mehrfachzellen zusätzlich eine nach innen trichterförmig ausgeformte Beobachtungsöffnung eingebaut werden. In den Korridoren und Treppenaufgängen wurden als zusätzliche Sicherungsmaßnahme Eisengittertore installiert. Neben den Haftzellen entstanden außerdem Folterzellen im Keller, Räume für das Wachpersonal, ein überdachter Verbindungsgang zur Leistikowstraße 2/3, wo

40 Die Vergitterung der Fenster ist übrigens noch kein Beleg dafür, daß sich zu dieser Zeit in der Leistikowstraße ein Gefängnis befand. Die meisten Gebäude der Besatzungsmacht waren mit derartigen Sicherungsvorkehrungen ausgestattet.

41 Pöller, Reinhard/Buchner, Richard: Reinhard Pöller (*1926). Potsdam – Bautzen I – Torgau. Zehn Jahre in den Gefängnissen von KGB und Stasi (1945 bis 1956). Zeitzeugengespräch in Potsdam, Gedenkstätte ehem. KGB-Gefängnis Leistikowstr. 1 am 18. Mai 2004 und Interview am 25.10.2003 in Leipzig (aufgezeichnet von Dr. Richard Buchner, Berlin) 2004, S. 4.

42 Ebd.

nun Vernehmungen stattfanden, und eine Latrine im Westteil des Hofgeländes. Zu dem Gefängnis gehörte außerdem die Wache in der Großen Weinmeisterstraße 17. Der ganze Komplex war zusätzlich durch Mauern, Stacheldrahtzäune und einen hölzernen Wachturm an der Ecke Große Weinmeisterstraße/Leistikowstraße gesichert. Dazu kamen etwa drei Meter hohe Bretterwände, die gleichzeitig der Sichtabschirmung dienten.⁴³ Nach bisher vorliegenden Angaben nahm das Untersuchungsgefängnis der UKR in der Leistikowstraße 1 etwa im Frühjahr 1947 den eigentlichen Betrieb auf.⁴⁴ Die zentrale Bedeutung der Haftanstalt belegt unter anderem das Gefangenenkontingent, das hier inhaftiert gewesen war. Zu den eingelieferten deutschen Häftlingen gehörten nicht nur Personen aus dem Land Brandenburg oder dem Bezirk Potsdam, sondern aus dem gesamten Gebiet der SBZ/DDR. Einige Betroffene stammten aus Westdeutschland oder West-Berlin und hielten sich zum Zeitpunkt ihrer Festnahme im Ostteil Deutschlands auf.⁴⁵

Ihnen wurden zumeist Spionage und/oder andere politisch motivierte Aktivitäten (zum Beispiel „illegale Gruppenbildung“, „antisowjetische Propaganda“) gegen die Besatzungsmacht und ihre Einrichtungen unterstellt. Unter den Gefängnisinsassen befanden sich viele Personen, wie zum Beispiel Mitarbeiter, Kurier und Informanten der (KgU) und Angehörige anderer kleiner Gruppen, die sich gegen die Sowjetisierung der SBZ/DDR auflehnten und verschiedene Formen des aktiven Widerstandes praktizierten. Sie verteilten Flugblätter, malten Parolen an Häuserwände, nahmen Fotos von GSSD-Einrichtungen auf oder sammelten Informationen über sowjetische Militärfahrzeuge und Eisenbahntransporte. Zu diesem Personenkreis sind die meisten der 28 Frauen und Männer zu rechnen, die als sogenannte Teschner-Gruppe 1948 verhaftet und in Potsdam verurteilt wurden. Ein Teil der Häftlinge in der Leistikowstraße 1 waren angeworbene Agenten westlicher Geheimdienste.⁴⁶ Andere Betroffene gerieten als illegale Grenzgänger in die Fänge der Potsdamer Militärschekisten. Auch Wilderei und Waffenbesitz sind als Verhaftungsgrund belegt.⁴⁷ Zivilbeschäftigten in sowjetischen Einrichtungen wurden Fahrten nach West-Berlin oder eine abschlägige Antwort auf Anwerbungsversuche sowjetischer Geheimdienste zum Verhängnis. Bei vielen Menschen erfolgte die Festnahme aufgrund von haltlosen Verdächtigungen. Oft genügten schon der Kontakt mit bereits verhafteten Personen, der Besitz eines Fotoapparats in der Nähe von Militäreinrichtungen und ein Verwandtenbesuch in Westdeutschland oder in der SBZ.⁴⁸ NS-Täter waren unter den Untersuchungshäftlingen nur im

43 Decker u.a.: Potsdam, S. 38–40; vgl. auch: Memorial Deutschland e. V. (Hrsg.): Von Potsdam nach Workuta. Katalog zur Ausstellung über deutsche und sowjetische Häftlinge im KGB-Gefängnis Potsdam und die Lagerhaft in Workuta/Sowjetunion. Berlin 2003, S. 6, 25.

44 Decker u.a.: Potsdam, S. 62.

45 Ebd., S. 47 ff.; vgl. auch Kowitz, Dorit: Vorhölle in bester Lage. In Potsdam erinnert eine Ausstellung im einstigen sowjetischen KGB-Gefängnis daran, wie durch Machtmißbrauch Menschen zerstört werden können. In: Süddeutsche Zeitung vom 10./11./12.6.2000.

46 Zum Beispiel: Martins, Günter: RUKI NASAD. Hände auf den Rücken! Erinnerungen von Günter Martins. Häftling in Potsdam und Workuta. Erweitert um einen Anhang und Abbildungen. Hrsg. Gisela Kurze. Berlin 2004, S. 13 ff.; Kreißl, Ottmar: Sowjethaft und Lagerleben. Erinnerungsbericht vom Mai 2003. In: Archiv Memorial Deutschland e. V. (Hrsg.): Von Potsdam nach Workuta, S. 11.

47 Martins: RUKI, S. 16 ff.

48 Zum Beispiel Decker u.a.: Potsdam, S. 50 ff., 64; Wilmann, Hergart: Blumen im Beton. Russlandreise mit und ohne Pass. Mit einem Vorwort von Rita Süßmuth. Nürnberg 2001, S. 75 ff.

Ausnahmefall vertreten.⁴⁹ Nach bisherigen Erkenntnissen befand sich 1954 der letzte Deutsche im Untersuchungsgewahrsam der militärischen Spionageabwehr. Über russische und andere Emigranten aus dem untergegangenen Zarenreich⁵⁰ sowie ehemalige Zwangsarbeiter und sowjetische Militärangehörige im Gefängnis Leistikowstraße 1 liegen für den betrachteten Zeitraum nur bruchstückhafte Informationen vor. Bis auf zwei Ausnahmen⁵¹ stammen sie alle von deutschen Zeitzeugen. Die zum Teil hochdekorierten sowjetischen Soldaten und Offiziere befanden sich wegen Autounfällen, angeblicher und wirklicher Vorbereitung zur Fahnenflucht⁵², Mord, Beziehungen zu deutschen Frauen,⁵³ Verteilung pazifistischer Schriften, Diebstahl von Staatseigentum und Schwarzmarkthandel⁵⁴ in Haft. Vier sowjetischen Offizieren aus Dresden wurde 1952 „Gruppenbildung“, „antisowjetische Propaganda“ und „geplanter Umsturz“ vorgeworfen.⁵⁵ Als prominentester russischer Untersuchungshäftling dürfte Fürst Alexander Golizyn gelten, der nach Angaben von deutschen Zeitzeugen 1952 in der Leistikowstraße 1 gefangengehalten wurde.⁵⁶

Unter den Insassen der Haftanstalt befanden sich kriegsversehrte Personen mit Amputationen⁵⁷ und in mindesten drei Fällen schwangere Frauen⁵⁸. Die gegenwärtige Quellenlage läßt für den Zeitraum 1947 bis 1955 keine Angaben über die Gesamtbelegung des Gefängnisses zu. Ausgehend von der Anzahl der Haftzellen, der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer und den Berichten über ihre Belegungsdichte kann schätzungsweise von 900 bis 1.200 Häftlingen ausgegangen werden.

Haftbedingungen und Vernehmungssituation

Die besonders extreme Haftsituation in der Leistikowstraße 1 sollte die Insassen demoralisieren, entmutigen und schließlich ihren Willen brechen.⁵⁹ Die Verwahrräume

49 Buchner/Pöller: Reinhard Pöller, S. 5 ff.; Kreißl: Sowjethaft, S. 13. – Regina Scheer erwähnt dagegen Werwölfe, zwangsenteignete Handwerksmeister, Gegner der Bodenreform, NSDAP-Funktionäre der unteren Ebene und opponierende Sozialdemokraten, die in der Leistikowstraße 1 inhaftiert waren. Diese und andere Angaben, so zum Beispiel über die Nutzungsdauer (bis 1994 sic!), sind offensichtlich das Produkt einer sehr oberflächlichen Recherche. Durch die vom Autor bisher eingesehenen Primär- und Sekundärquellen können sie nicht bestätigt werden; vgl. Scheer, Regina: Der Umgang mit den Denkmälern. Eine Recherche in Brandenburg. Hrsg. Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung und Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg. Potsdam 2003, S. 164.

50 Steinert, Marliese: Zelle – Baracke – Erdloch. Aufzeichnungen von 1954 über ihre Verhaftung in Potsdam 1947, die Verurteilung und Lagerhaft in der Sowjetunion sowie ihre Rückkehr am 31.12.1953. Hrsg. Gisela Kurze. Berlin 2000, S. 1 ff.; Kreißl: Sowjethaft, S. 6 ff., 12.

51 Decker u.a.: Potsdam, S. 117.

52 Martins: RUKI, S. 13 ff.; Kreißl: Sowjethaft, S. 9.

53 Buchner/Pöller: Reinhard Pöller, S. 6.

54 Kreißl: Sowjethaft, S. 7, 11 f.; Wolf, Günter: Erstens kommt es – Zweitens anders – Und drittens als man denkt! Erinnerungsbericht vom 22. Juni 2003. In: Archiv Memorial Deutschland e. V. (Hrsg.): Von Potsdam nach Workuta, S. 7.

55 Decker u.a.: Potsdam, S. 117.

56 Fax von Dr. Helmut Domke vom 22.12.1998. Archiv des EKH.

57 Ebd., S. 89; Kreißl: Sowjethaft, S. 6; Wolf: Erinnerungsbericht, S. 6.

58 Eine Gefangene brachte im Keller der Leistikowstraße 1 1947/48 ein Kind zur Welt. 1951 soll eine Frau nach Tritten in den Unterleib eine Fehlgeburt gehabt haben und danach gestorben sein; vgl. Martins: RUKI, S. 12; Kreißl: Sowjethaft, S. 14; Wolf: Erinnerungsbericht, S. 6.

59 Zum folgenden Abschnitt vgl. ausführlich Decker u.a.: Potsdam, S. 76 ff.

(Einzel-, Doppel- und Gemeinschaftszellen) befanden sich zum überwiegenden Teil im Keller und im ersten Stock des EKH-Gebäudes. Sie waren lediglich mit einer fast die ganze Kammer einnehmenden Podestpritsche und einem Gefäß für die Notdurft ausgestattet. Die durchgängig 45 Zentimeter hohe Schlafgelegenheit war mit etwa 1,60 Meter für einen normalen Mitteleuropäer zu kurz, um sich ausstrecken zu können. Decken und Matratzenunterlage, deren Zuteilung von den Launen der Wärter abhing, waren dreckig und verwantzt.⁶⁰ Die verbliebenen, unverglasten Fensterschlitze dienten der Luftzufuhr. Teilweise waren sie allerdings mit Brettern vernagelt oder mit einem Sichtschutz versehen.⁶¹ In drei Zellen im Keller und in einer Haftkammer im Erdgeschoß gab es gar keine Fensteröffnung. Eine schwache Luftzirkulation konnte hier nur durch eine schmale vergitterte Öffnung zum Korridor hin erfolgen. Erst Ende der 40er, Anfang der 50er Jahre wurde die bereits existierende Zentralheizungsanlage erweitert und die Zellen in den oberen Etagen und eventuell auch in den Kellerverliesen mit Heizkörpern ausgestattet.⁶²

Die hygienische und sanitäre Situation in der Leistikowstraße 1 war katastrophal. Als Toilette mußten zunächst Provisorien wie zum Beispiel verrostete Marmeladeneimer, Einweckgläser und Benzinfässer herhalten. Später übten Eimer die Funktion von Notdurftkübeln aus.⁶³ Ihre Entleerung erfolgte im westlichen Hofteil der Gefängnisanlage. Hier befand sich ursprünglich ein Obst- und Gemüsegarten. Im Frühjahr 1948 entstand im Hof – wahrscheinlich anstelle einer Latrine mit offenen Klobecke und Wasserhahn – eine massive Toiletten- und Waschanlage. Ob und wie lange die Gefängnisinsassen austreten und sich waschen konnten, lag im Ermessen des Wachpersonals. Mitunter mußten die Häftlinge die ihnen täglich zugestandene knappe Trinkwasserration in den Zellen zur Körperreinigung nutzen.⁶⁴ Auch der eigentlich regelmäßig vorgesehene Gang zum Duschen im Keller der Leistikowstraße 2/3⁶⁵ hing von der Willkür der Wärter ab. So gab es für die meisten Betroffenen während der gesamten Untersuchungshaft sehr selten oder nie die Möglichkeit, sich richtig zu waschen.

Hinzu kam, daß die Gefangenen während der ganzen Untersuchungshaft die Kleidung am Leib trugen, mit der sie verhaftet worden waren. Die Nutzbarkeit der Garderobe und des Schuhwerks wurde bereits bei der Einlieferungsuntersuchung stark eingeschränkt. Schnürsenkel, Gürtel, Bänder, Schlüpfergummi und Reißverschlüsse wurden einbehalten. Ein Wechsel der mit der Zeit stark zerschlissenen Sachen fand nicht statt. In der Leistikowstraße 1 gab es offenbar auch keine Hitzeanlagen zur Desinfizierung der Häftlingskleidung, wie sie in den damaligen sowjetischen Gefängnissen und Lagern üblich waren. Unter diesen unwürdigen Bedingungen waren die Betroffenen bald hoffnungslos verdreckt und voller Ungeziefer.

Eine „äußerst karg eingerichtete Ambulanz“ befand sich zeitweise im Dachgeschoß.⁶⁶ Die von Zeitzeugen beschriebene gelegentliche medizinische Betreuung durch einen

60 Wolf: Erinnerungsbericht, S. 5; Kreißl: Sowjethaft, S. 6; Steinert: Zelle, S. 3.

61 „Nur Gitterstäbe, keine Scheiben, ...“ (Steinert: Zelle, S. 2 f.; Wilmanns: Blumen, S. 83).

62 Decker u.a.: Potsdam, S. 80; Martins: RUKI, S. 10. – Die Zentralheizung wurde Ende der 30er Jahre installiert. Außerdem standen in einigen Räumen und späteren Zellen des Obergeschosses noch die alten Kachelöfen.

63 Martins: RUKI, S. 10; Wilmanns: Blumen, S. 83.

64 Buchner/Pöller: Reinhard Pöller, S. 5; Steinert: Zelle, S. 9.

65 Wilmanns: Blumen, S. 85.

66 Ebd., S. 82; Decker u.a.: Potsdam, S. 83. – Für das Jahr 1953 wird eine Rumpelkammer im Dachgeschoß erwähnt.

Anklagepunkt zusätzlich mit dem Vorwurf der „Vorbereitung zum bewaffneten Aufstand“ (Art. 58-2), der „Sabotage“ (Art. 58-9), der „antisowjetischen Propaganda und Agitation“ (Art. 58-10)“ und der „Mitgliedschaft in einer illegalen Organisation“ (Art. 58-11) verbunden. In einigen Fällen verhängte die Sonderberatung (Osoboje So-weschanje – OSO) des MGB in Moskau auf administrativem Wege sogenannte Fernurteile. Die entsprechenden Entscheidungen wurden den Betroffenen dann in der Leistikowstraße 2/3 verkündet.⁷³

Die Höhe der Freiheitsstrafen lagen für die verurteilten Deutschen nicht unter zehn und vielfach bei 25 Jahren Arbeitslager. Ab Anfang 1950 verhängten die SMT und das OSO auch wieder die Todesstrafe.⁷⁴ Nach der Urteilsverkündung kamen die Häftlinge in Sammelzellen. Diese befanden sich in den 40er Jahren im Keller und Anfang der 50er Jahre im Erdgeschoß der Leistikowstraße 1.⁷⁵ Dort waren mitunter auch Personen untergebracht, die in anderen Untersuchungshaftanstalten des Landes Brandenburg, zum Beispiel in Eberswalde und Fürstenberg, verurteilt worden waren. Die Todeskandidaten wurden bis zur Bestätigung ihrer Urteile in Kellerzellen des Wachgebäudes in der Großen Weinmeisterstraße 17⁷⁶ oder, wie bereits 1945/46, in der Leistikowstraße 2/3 eingesperrt. Zeitzeugen vermuten, daß in der Waschküche der Leistikowstraße 2/3 auch die Erschießung der Verurteilten stattgefunden hat.⁷⁷ Aktenkundig belegt ist dagegen die Hinrichtung von ehemaligen Untersuchungsgefangenen der Leistikowstraße 1 in Moskau.

Untersuchungsgefängnis für sowjetische Militärangehörige (1956 - Mitte 80er Jahre)

Außer einem Gefängnis in Berlin-Karlshorst war die Leistikowstraße 1 ab Mitte 1953 vermutlich einer der letzten sowjetischen Gewahrsamsorte in der DDR, in denen noch deutsche Häftlinge eingesperrt waren. Die gemischte deutsch-sowjetische Belegungsphase des zentralen Untersuchungsgefängnisses der UKR endete spätestens 1955. In diesem Jahr fand am 23. Oktober die letzte Verurteilung eines Deutschen durch ein SMT in der DDR statt.⁷⁸ Seitdem waren in der Leistikowstraße 1 nur noch sowjetische Militärangehörige inhaftiert. Über die Gefängnisgeschichte ab 1956 liegt nur bruchstückhaftes Quellenmaterial vor. Die Informationen stammen aus einigen wenigen Zeitzeugenberichten und Dokumenten oder lassen sich aus den baulichen Hinterlassenschaften ableiten. Die Gefängnisinsassen kamen aus verschiedenen sowjetischen Garnisonsstandorten der DDR, was wiederum auf die zentrale Funktion der Hafteinrichtung Leistikowstraße 1 verweist. Haftgründe waren zum Beispiel kritische Äußerungen zum sozialistischen Alltag in der UdSSR und in der Sowjetarmee, Hören westlicher Radiosender oder der politisch motivierte Fluchtversuch in die Bundesrepublik oder nach West-Berlin.⁷⁹ Die meisten Untersuchungsgefangenen waren Armeeingehörige der untersten Dienstgrade, die ihre drei- bzw. zweijährige Wehrpflicht auf dem Territorium der DDR ableisten mußten und hauptsächlich wegen Desertation in den Potsda-

73 Decker u.a.: Potsdam, S. 72.

74 Die Todesstrafe kam in der Sowjetunion vom 26. Mai 1947 bis zum 12. Januar 1950 nicht zur Anwendung; vgl. zum Beispiel Martins: RUKI, S. 28.

75 Ebd., S. 29; Wilmanns: Blumen, S. 97; Kreißl: Sowjethaft, S. 12.

76 Martins: RUKI, S. 29.

77 Buchner/Pöller: Reinhard Pöller, S. 6.; Krone: Jahre.

78 Hilger/Schmeitzner/Schmidt: Militärtribunale, S. 59.

79 Decker u.a.: Potsdam, S. 116 ff., 132 f.

mer Gewahrsam der Militärabwehr kamen. Bei den „Entfernungen von der Truppe“ handelte es sich in der Regel um pure Verzweiflungstaten.⁸⁰ Ursache dafür waren die teilweise unerträglichen Lebens- und Dienstbedingungen in der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland. Dazu gehörten neben der alltäglichen Willkür und den Mißhandlungen durch Vorgesetzte, die harte und rücksichtslose Ausbildung, die lange Trennung von den Angehörigen, der fehlende Anspruch auf Urlaub oder Ausgang, die strenge Isolierung auf dem Kasernenareal, die Unterbringung in Massenunterkünften, das Fehlen jeglicher Privatsphäre sowie die mangelhafte Verpflegung, ärztliche Betreuung und anderes. Viele junge Männer empfanden den Armeedienst dadurch als eine spezifische Art der Freiheitsberaubung. Verstärkt wurde die allgemeine Unzufriedenheit durch die „dedowschtschina“. Dabei handelt es sich um eine mit der sogenannten Entlassungskandidaten-Bewegung („EK-Bewegung“) in der NVA entfernte vergleichbare, extrem brutale und von den Offizieren geduldete Form der Gruppendisziplinierung, bei der die älteren Wehrpflichtigen die Soldaten aus den jüngeren Diensthalbjahren maßlos schikanierten, nötigten und unterdrückten. In den 80er Jahren flüchteten jährlich etwa 400 bis 500 Soldaten der GSSD. Viele von ihnen wollten den unsäglichen Lebensumständen in den Kasernen entkommen oder einfach nach Hause zurückkehren. Wahrscheinlich waren in der Leistikowstraße 1 aber auch sowjetische Soldaten und Offiziere wegen krimineller Vergehen wie schwerer Verkehrsunfälle, Diebstahl, Körperverletzung, Vergewaltigung und Tötungsdelikten inhaftiert.

Nach 1955 wurde in der Leistikowstraße 1 eine Reihe von Umbaumaßnahmen vorgenommen, die zur Verbesserung der Haftbedingungen führten. Dadurch verlagerte sich der räumliche Nutzungsschwerpunkt der Einrichtung aus dem Keller in das Erdgeschoß. Dort und im Obergeschoß wurden in sämtlichen Zellen WCs und Waschbecken mit fließendem Wasser installiert. Zur Ausstattung dieser Zellen gehörten weiterhin Holzschemel und dreietagige Eisenbettgestelle mit Matratzenauflage und Bettwäsche.⁸¹ Im Eckraum links vom Hauseingang entstand ein gefliester Sanitärbereich mit jeweils fünf Waschbecken und Steh-toiletten.⁸² Von einem Vorraum aus konnten die Gefangenen bei ihren Verrichtungen durch eine große verglaste Wandöffnung beobachtet werden. Der bis dahin genutzte Wasch- und Toilettenrakt im Hof wurde aufgegeben. An der Stelle des Waschplatzes entstand ein Freigangbereich mit nach oben offenen Zellen.⁸³ Zu dieser Anlage gelangten die Häftlinge über einen neuen, mit Schleusenbereich (gemauerte Korridorverengung und Gittertor) ausgestalteten Zugang an der westlichen Giebelseite des Gebäudes. Eine innerhalb der Schleuse gelegene ehemalige Zelle diente nun als Funktionsraum für das Wachpersonal. Der gleichfalls geflieste Raum im Obergeschoß wurde von der Gefängnisverwaltung wahrscheinlich zeitgleich mit dem darunter liegenden Sanitärbereich hergerichtet. Er diente vermutlich als Krankenzimmer und Quarantänebereich. Auch hier gab es einen teilweise verglasten Vorraum zur Beobachtung der Häftlinge.

Nach 1953⁸⁴ wurde das ausgebaute Dachgeschoß abgetragen und das imposante Walmdach durch eine flache Wellasbestabdeckung ersetzt. Die Hintergründe dieser Aktion sind noch unklar. Nach Vermutungen von Zeitzeugen soll die Dachetage abge-

80 Siehe zum Beispiel: Kowalcuk, Ilko-Sascha/Wolle, Stefan: Roter Stern über Deutschland. Sowjetische Truppen in der DDR. Berlin 2001, S. 132 ff.

81 Decker u.a.: Potsdam, S. 118.

82 Memorial Deutschland e. V. (Hrsg.): Von Potsdam nach Workuta, S. 29.

83 Ebd., S. 24.

84 Decker u.a.: Potsdam, S. 80.

brannt sein. Auch ein gezielter Rückbau aus Sicherheitsgründen ist bisher nicht ausgeschlossen.⁸⁵ Obwohl die Folter seit 1953 offiziell untersagt war, kann man davon ausgehen, daß die Vernehmer in der Leistikowstraße 1 die sowjetischen Untersuchungsgefangenen auch in den späteren Jahren mit Schlägen traktierten. Vermutlich wurde auch die heute noch vorhandene enge Kammer im Keller (sogenannter Karzer) weiter zur Bestrafung renitenter Häftlinge genutzt. Andere Folterzellen ließ man offenbar abreißen oder zumauern. Eine neue Spezialzelle entstand im Ostflügel des Erdgeschosses. In diesem Raum mit einer vergitterten glaslosen Fensteröffnung zum Treppenhaus hin und einem abgerundeten, ursprünglich sichtversperrenden Mauervorsprung befanden sich keine Einrichtungsgegenstände. Rauher Außenputz an den Wänden sollte vermutlich die Häftlinge davon abhalten, sich anzulehnen oder Nachrichten einzuritzen.

Durch die russischen Zeitzeugen und aus ihren Unterlagen ist bekannt, daß die sowjetischen Militärangehörigen von einem Militärtribunal mit der Feldpostnummer 75092 vorwiegend wegen „Landesverrat“ (§ 64) verurteilt wurden. Verknüpft wurde dieser Tatvorwurf vielfach mit solchen wie „Diebstahl von Staatseigentum“ (§ 89), „Raub“ (§ 146) und „antisowjetische Propaganda“ (§ 58).⁸⁶ Weitere Hinweise auf Paragraphen und Strafhöhe geben russischsprachige Inschriften an den Wänden einiger Kellerräume (übersetzt zum Beispiel: „Krasnodar, Dienstzeit 1980–83, Art. 144, T. II, 1982“ oder „8 Jahre, Kaluga, 1962“). Deserteure erhielten bis zu 15 Jahre Lagerhaft mit strengem Regime und mitunter auch die Todesstrafe.⁸⁷

Das Gefängnis in der Leistikowstraße 1 existierte als solches bis etwa Mitte der 80er Jahre. Danach waren die Untersuchungshäftlinge der UOO möglicherweise in der ehemaligen Garde-Ulanen-Kaserne in der Potsdamer Jägerallee 23 untergebracht.⁸⁸

Einzelne Räume des verunstalteten EKH-Gebäudes dienten in der Folgezeit als Materiallager. Nach dem Abzug der letzten russischen Einheiten aus Potsdam wurde das „Städtchen Nr. 7“ und mit ihm auch die ehemalige Haftanstalt am 15. August 1994 vom letzten Objektkommandanten Alexander N. Sarakowitsch an die deutschen Behörden übergeben.⁸⁹ Fast acht Monate später, am 3. April 1995, gab der Potsdamer Oberbürgermeister das ehemalige Sperrgebiet dann endgültig für die Öffentlichkeit frei. Bereits vor diesem Datum wurden die Liegenschaften Leistikowstraße 1 und 2/3 vom Bundesvermögensamt an den EKH als Alteigentümer rückübertragen.⁹⁰

Als man das Gebäude der Leistikowstraße 1 in Augenschein nahm, sah man, daß die Inneneinrichtung des ehemaligen Untersuchungsgefängnisses der Spionageabwehr weitestgehend im Originalzustand erhalten geblieben war. Unter Berücksichtigung seiner Geschichte stellt es dadurch ein hervorragendes zeithistorisches Dokument und insofern ein außerordentlich wertvolles physisches Relikt dar. Durch seine in Deutschland unübertroffene Anschaulichkeit zeugt das verunstaltete EKH-Gebäude von der Unmenschlichkeit eines kommunistischen Regimes.

85 Durch diese Baumaßnahme ist zum Beispiel die Außenaufklärung des Gebäudes erheblich erschwert worden.

86 Ebd., S. 42, 120, 132 f.

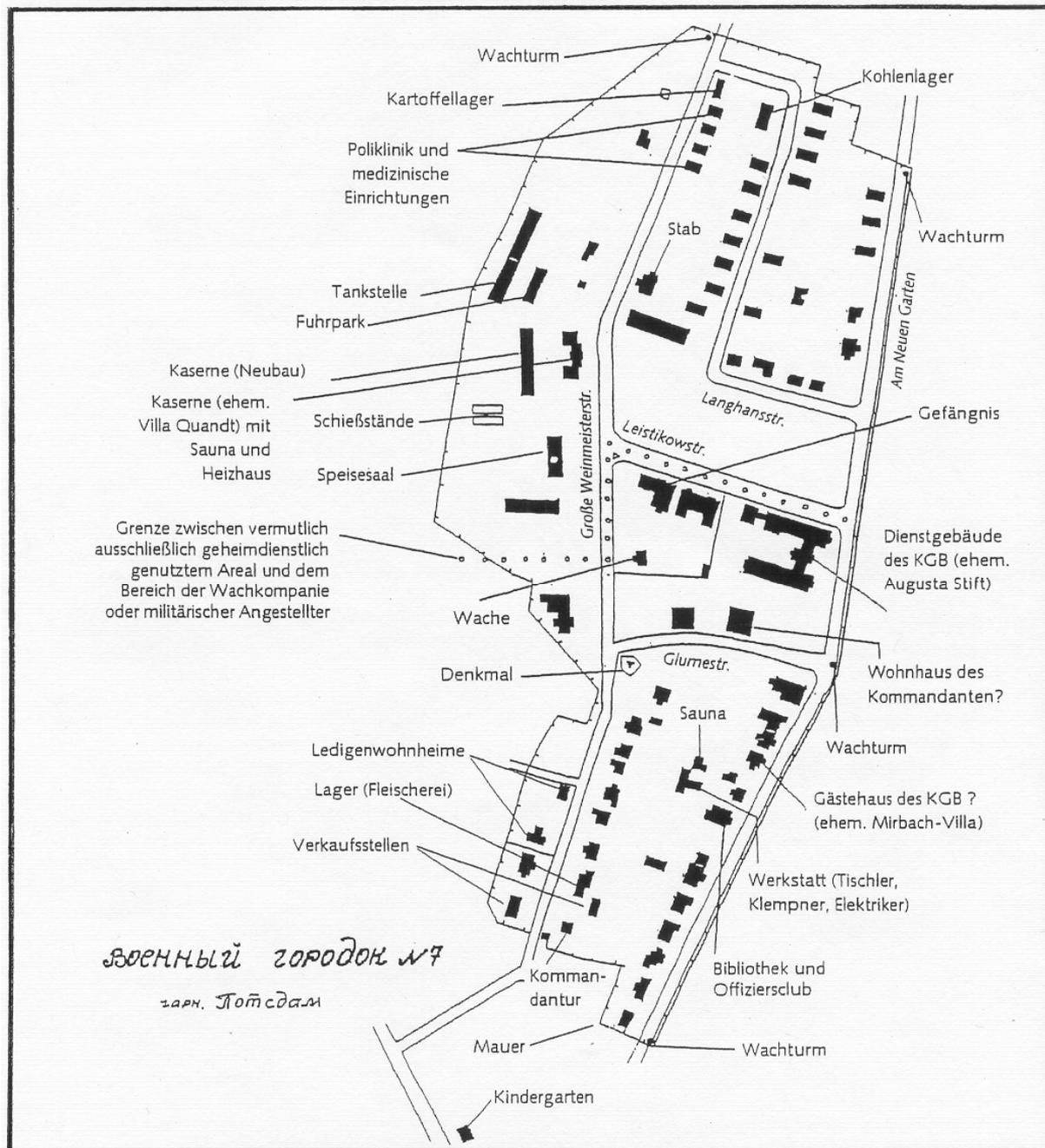
87 Kowalcuk/Wolle: Stern, S. 139.

88 Angaben von Hannes Wittenberg vom Potsdam-Museum.

89 Kupler: U-Boot-Türen; Die verbotene Stadt öffnet sich. Der KGB geht. Zum Jahresende soll die Große Weinmeisterstraße öffentlich zugänglich sein. In: Potsdamer Stadtkurier vom 16.8.1994.

90 Vgl. hierzu ausführlich Wernicke: Städtchen, S. 7; Decker u.a.: Potsdam, S. 42–44.

Aus diesem Grunde treten seit fast zehn Jahren ehemalige politische Häftlinge, Opferverbände, kirchliche Kreise und Menschenrechtsvereinigungen⁹¹ sowie viele geschichtsbewußte Bürger Potsdams, aus Berlin und dem ganzen Bundesgebiet dafür ein, daß in der Leistikowstraße 1 eine würdige, auf stabiler finanzieller Grundlage stehende Gedenk- und Begegnungsstätte eingerichtet wird.



Lageplan des Militärstädtchens Nr. 7

91 Vgl. zum Beispiel www.memorial.de und www.kgb-gefaengnis.de.